

Resolution 15: Syndicom

Gewerkschaftliche Forderungen zur Verbesserung der Situation von geflüchteten und ausländischen FINTA*- Personen in der Schweiz

Ohne die Arbeit von Menschen ohne Schweizerpass würde die Schweiz nicht funktionieren. Ihre Arbeit hält das Gesundheitswesen am Laufen, sie pflegen Kinder und ältere Menschen, versorgen die Schweiz mit Lebensmitteln und sorgen dafür, dass Bus, Zug und Transport reibungslos laufen. Kurz: Sie tragen massgeblich zum Erfolg der Schweizer Wirtschaft bei. Jede dritte geleistete Arbeitsstunde wird von Menschen ohne Schweizer Pass erbracht und doch sind diese Menschen Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ausgesetzt. Besonders FINTA*- Personen sind aber zusätzlich auch von Sexismus und geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen (Frauen, Inter, non-binäre, trans und agender Personen).

Sie erhalten oft tiefere Löhne, haben unsichere Arbeitsverhältnisse, erleben ungleiche Chancen bei der beruflichen Entwicklung und sind in besonderem Masse von Gewalt, Ausbeutung und Entrechtung betroffen. Unsichere Aufenthaltsrechte verstärken und fördern ungleiche Machtverhältnisse, Gewalt und Ausbeutung in Partnerschaften und am Arbeitsplatz. Betreuungspflichten und Care-Arbeit erschweren gezielte Förderungs- oder Integrationsmassnahmen und die Schweizer Bürokratie erschwert den Zugang zum Arbeitsmarkt oder die Anerkennung ausländischer Diplome. Zudem werden durch die politischen Rechten mit ihren fremdenfeindlichen Debatten Unsicherheit, Missgunst und Angst in der Bevölkerung gesät. Das macht es Migrant:innen in der Schweiz damit immer schwerer, sich gegen Ausbeutung oder in schlechten Arbeitsverhältnissen zu wehren. Es ist unsere Pflicht als Gewerkschafter:innen und als Menschen uns für die Rechte aller einzusetzen.

Wir fordern:

- **Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt und sexueller Belästigung**

Die ILO 190 muss vollständig umgesetzt werden. Dazu gehören unter anderem auch verpflichtende Meldestellen in Betrieben und unabhängige Beratungsstellen für Migrant:innen auch ohne gesicherten Aufenthaltsstatus. Zudem müssen betroffene Personen vor unangebrachten Reaktionen, wie etwa Strafen oder gar Kündigungen, geschützt werden. Arbeitgeber:innen, die solche Schutzmassnahmen nicht umsetzen wollen, sollen dafür sanktioniert werden können. Ebenso müssen, wie in der Istanbul-Konvention festgehalten, geschützte Bereiche für FINTA*-Personen in Asyl- oder Sammelunterkünften eingerichtet werden, das Personal in solchen Unterkünften entsprechend geschult und bei Gewaltmeldungen die Betroffenen sofort an Schutzstellen überwiesen werden.

- **Gesicherter Arbeitsmarktzugang mit kollektivem Schutz vor Ausbeutung und Lohndumping**

Geflüchteten und Migrant:innen soll so schnell wie möglich und unter Einbezug von Gesamtarbeitsverträgen Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht werden. Eine «zweite Lohnklasse» oder Lohndumping für geflüchtete Menschen ist nicht akzeptabel. Dazu braucht eine konsequente Einhaltung des Lohnschutzes, Gesamtarbeitsverträge und regelmässige Kontrollen, besonders in prekären Branchen mit überdurchschnittlich hohem FINTA*- Anteil (Reinigung, Pflege, Gastronomie). Zudem braucht es Konsequenzen für Arbeitgeber:innen, die Migrant:innen ausnutzen. Betroffene sollen anonym rechtliche Hilfe bekommen können, auch dann, wenn ihr Aufenthaltsstatus unsicher ist. Wir wehren uns zudem gegen jegliche weiteren Verschlechterungen des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG).

- **Ausbau integrativer Angebote und rasche Anerkennung von Diplomen und Qualifikationen**

Integrative Angebote wie etwa Sprachkurse oder gezielte Qualifikationsprogramme müssen ausgebaut und stärker subventioniert werden. Zudem braucht es eine schnelle, kostengünstige und unbürokratische Anerkennung von ausländischen Diplomen und Qualifikationen. Denn nur so kann verhindert werden, dass hochqualifizierte FINTA*- Personen in atypischen oder prekären Arbeitssituationen oder der Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von Sozialhilfe landen. Der Zugang zu qualitativ hochwertigen Ausbildungsplätzen soll zudem gezielt gefördert werden, auch durch gewerkschaftliche Programme und Unterstützung.

- **Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Zugang zu Kinderbetreuung**

Wir fordern gut ausgebaute, bezahlbare und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Denn dies fördert die Integrations- und Arbeitsmarktchancen von Migrant:innen und Asylsuchenden. FINTA*- Personen übernehmen häufiger Care-Arbeit, was ihre Beteiligung am Erwerbsleben einschränkt und sie in prekäre Arbeitsverhältnisse oder die Abhängigkeit von Sozialhilfe drängt. Zudem braucht es einen Ausbau der Angebote von Sprachkursen oder gezielten Qualifikationsprogrammen an Randzeiten, damit FINTA*- Personen mit Betreuungspflichten gezielt angesprochen und besser abgeholt werden können.

- **Gewerkschaftliche Repräsentation und Empowerment**

Nur wenn Migrant:innen in die Debatten und Entscheidungen von Politik, Gesellschaft und Gewerkschaften einbezogen werden, kann sich etwas verändern. Wir fordern daher die gleichen Bürger:innenrechte für Migrant:innen, sei es auf sozialer, wirtschaftlicher oder politischer Ebene. Zudem fordern wir eine stärkere Förderung von Migrant:innen und FINTA*- Personen in Gewerkschaftsgremien und die gezielte Organisation von Arbeiter:innen in frauendominierten Branchen. Arbeitgeber:innen und Arbeitskolleg:innen müssen sensibilisiert werden für die Themen Diskriminierung, Rassismus, Belästigung oder sexualisierte Gewalt am Arbeitsplatz.

Zudem braucht es eine systematische Erhebung von Erwerbsbeteiligung, Löhnen, Teilzeitarbeit und Diskriminierungserfahrungen nach Geschlecht und Herkunft. Nur wenn wir umfassende geschlechtergerechte Daten haben, können wir gezielt Verbesserungen erreichen. Die Gewerkschaften und der Gewerkschaftsbund müssen sich für eine solche Datenerhebung einsetzen.